https://journalistenwatch.com/2023/06/01/get-woke-go-broke-versand-riese-otto-meldet-rote-zahlen/ 1.6.2023

Get woke-go broke: Versand-Riese Otto meldet rote Zahlen

Krise bei Otto: Versand-Riese meldet tiefrote Zahlen. Während als Ursachen die Energiekrise, der Ukrainekonflikt oder die Inflation angeführt wird, dürfte auch beim zweitgrößten Onlineshop Deutschlands die Maxime "Get woke, go broke" greifen. Wer seine Kunden mit diesem Zeugs überzieht und permanent politische und pseudomoralische Lektionen erteilt, kommt unter die Wokeness-Räder.

Der Hamburger Konzern Otto Group, zu dem nicht nur der Versand-Riese Otto.de, sondern zahlreiche in Deutschland bekannte Unternehmen und Marken, wie etwa der Versanddienstleister Hermes, der Edel-Händler Manufactum, die Hanseatic-Bank oder der Mode-Händler About You zählen, meldet für das Geschäftsjahr 2022/23 einen Verlust von satten 413 Millionen Euro. Eine bittere Entwicklung, denn im Jahr zuvor konnte noch ein Gewinn von rund 1,8 Milliarden Euro erzielt werden. Als Grund für den Absturz wird die Inflation oder Konsumflaute benannt.

Mutmaßlich jedoch geht Otto aktuell jenen Weg, den immer mehr Unternehmen in der letzten Zeit gegangen sind: Den "Get woke, go broke"-Weg. Wie die Mediengiganten Disney, Netflix oder Konzerne wie Adidas, Anheuser-Brauerei oder Tchibo und unzählig andere, glaubt auch Otto Group seine Kunden zu links-grünen Bütteln degradieren und sie mit permanent politischen und pseudomoralische Lektionen auf den richtigen, den woken Weg bringen zu müssen.

Ende 2021 entschied sich Otto dafür, die deutsche Sprache bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln, indem der Konzern das Gendern einführte. Auf Kritik der Kunden und der Ankündigung, wegen des bei Otto von nun an verwendeten Gendersterns künftig nur noch bei den Konkurrenten einzukaufen zu wollen, antwortete das Twitter-Kompetenzteam von Otto rotzfrech:

.....

https://journalistenwatch.com/2023/06/01/bloomberg-warnt-vor-kollabierender-wirtschaft-in-deutschland/ 1.6.2023

Bloomberg warnt vor kollabierender Wirtschaft in Deutschland

Der US-Wirtschaftsnachrichtendienst Bloomberg warnt vor der desaströsen Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition. Es könnte ganz Europa in den Abgrund reißen. Kanzler Scholz mangelte es an Führung und den Politikern fehlten echte Visionen.

Deutschland ist seit Jahrzehnten der Motor der europäischen Wirtschaft und hat die Region durch eine Krise nach der anderen geführt. Doch diese Flexibilität bricht zusammen und das stellt eine Bedrohung für den gesamten Kontinent dar, schreibt Bloomberg.

Jahrzehntelange verfehlte Energiepolitik, der Kampf gegen Autos mit Verbrennungsmotor und der langsame Übergang zu neuen Technologien sind die größten Bedrohungen für den Wohlstand des Landes nach der Wiedervereinigung. Doch anders als 1990 fehlt der politischen Klasse die Führung, um die strukturellen Probleme anzugehen, die den Kern der Wettbewerbsfähigkeit des Landes ausmachen.

„Wir waren als Gesellschaft naiv, weil alles gut aussah", sagte BASF SE-Chef Martin Brudermüller gegenüber Bloomberg. „Deutschlands Probleme häufen sich. Es erwartet uns eine Zeit des Wandels; ich weiß nicht, ob das jeder versteht."

Obwohl Scholz Bloomberg im Januar mitteilte, dass Deutschland in diesem Jahr eine durch die Gasknappheit in Russland verursachte Energieknappheit ohne eine Rezession überstehen würde, zeigten die am

Donnerstag veröffentlichten Daten, dass die Wirtschaft seit Oktober tatsächlich geschrumpft war und in den letzten fünf Quartalen nur zweimal gewachsen war.

Laut Bloomberg gehen Ökonomen davon aus, dass das deutsche Wachstum in den kommenden Jahren hinter dem Rest der Region zurückbleiben wird, und der Internationale Währungsfonds schätzt, dass Deutschland in diesem Jahr die schwächste G7-Volkswirtschaft sein wird.
…

https://journalistenwatch.com/2023/05/31/heiz-stasi-und-energiesozialismus-die-umfaller-fdp-machts-moeglich/ 31.5.2023

Heiz-Stasi und Energiesozialismus: Die Umfaller-FDP macht's möglich

Was das "Wärmeplanungsgesetz" anbelangt, hat sich die FPD bereits einmal mehr als die erbärmlich opportunistische Umfallerpartei gezeigt, die sie schon immer war: Trotz allem Getöse über Widerstand gegen Robert Habecks Spionagegesetz, mit dem er sämtliche Heizdaten der Bürger sammeln will, um den Energieverbrauch noch schärfer regulieren zu können, verkündete ein Sprecher des Bauministeriums von Klara Geywitz (SPD) am Dienstagabend, dass sich die Regierung grundsätzlich auf das sogenannte Wärmeplanungs-Gesetz* geeinigt habe. Damit ging der Entwurf heute zur Anhörung an die Bundesländer und an Verbände.

Am Ende fiel nicht nur die FDP um, sondern auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber (SPD): Dieser erkannte im letzten Entwurf ernsthafte positive Aspekte und sprach von "Fortschritten". Man könne sehen, so Kelber, "dass unsere bisherige Beratung aufgegriffen wurde". Ein Hohn: Würde Datenschutz auch nur ein noch ein Quäntchen gelten, hätte dieses irrsinnige Überwachungs- und Kontrollgesetz vollständig und ersatzlos auf den Schritt gehört.

Nun aber redet sich Kelber das Resultat schön: Das Ziel müsse sein, die "bestehenden und künftigen Wärmeenergienetze zu optimieren und

gleichzeitig dem Datenschutz gerecht zu werden." Hierzu sei – so der Beauftragte ohne jede Ironie, laut "dts Nachrichtenagentur" – "die Identifizierbarkeit einzelner Haushalte in den anfallenden Planungsdaten etwa dadurch auszuschließen, dass eine gebäudescharfe Erfassung nur bei Mehrfamilienhäusern erfolgt und eine straßenabschnittsscharfe Erfassung erst ab zwei Einfamilienhäusern stattfindet". An diese diffuse Abgrenzung, deren Einhaltung in Wahrheit niemand überprüfen wird, glaubt er wohl selbst nicht. Auch nicht die "liberale" Partei, die diesen Dammbruch nun mitträgt. …..

*https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ampel-einig-fdp-knickt-beim-heizdaten-gesetz-ein-84124318.bild.html 31.5.2023

FDP knickt beim zweiten Heiz-Hammer ein

Jetzt gibt es doch eine Einigung beim zweiten Heiz-Hammer!

Die Ampel-Koalition hat sich nach Angaben aus dem Bauministerium grundsätzlich auf das sogenannte Wärmeplanungs-Gesetz geeinigt.

► Zuvor hatten die FDP-Ministerien Bedenken angemeldet – doch jetzt DAS! Die Liberalen knicken beim Heizdaten-Gesetz ein, fügen sich den Ampel-Partnern.

Ein Sprecher des Bauministeriums am Abend: „Der bisherige Versendewiderspruch während der Ressortabstimmung wurde aufgehoben."

Heißt: Der Gesetzes-Entwurf geht am Mittwoch zur Anhörung an die Bundesländer und an Verbände.

Jetzt könne dieser eng mit dem ebenfalls umstrittenen Heizungsgesetz verknüpfte Entwurf „in einer angemessenen Zeit beraten werden", hieß es aus dem Bauministerium weiter. …..

https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/
31.5.2023

"Alternativlos"? IKK-Chef fordert aufgrund von Milliardendefizit drastische Leistungskürzungen

Bereits letztes Jahr kündigte die Bundesregierung ein milliardenschweres Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung an – nun werden Leistungskürzungen gefordert.

Als Gründe werden die Alterung der Gesellschaft, die geringere Zahl an Beitragszahlern und neue, teure Technologien angegeben. Jetzt preschen die gesetzlichen Krankenkassen, die zu Jahresbeginn ihren Zusatzbeitrag im Schnitt bereits um 1,6 Prozent erhöht haben, vor. Ralf Hermes, Chef der gesetzlichen IKK-Innovationskasse mit rund 300.000 Versicherten, sagte dem Handelsblatt:

"Die steigenden Gesundheitsausgaben bringen das System schon jetzt an seine Grenzen. [...] Leistungskürzungen dürfen deswegen kein Tabu sein, sondern sind alternativlos."

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) erteilt Leistungskürzungen bislang eine Absage. Doch der Versorgungsbedarf einer Gesellschaft, die einerseits vergreist und andererseits über eine Million Ukrainer aufgenommen hat, wird immer größer. "Und auf lange Sicht ist keine Trendumkehr in Sicht", betonte Hermes. Der größte Teil entfällt mit mehr als 85 Milliarden Euro auf Krankenhausbehandlungen, mehr als 40 Milliarden Euro werden für ärztliche Behandlungen und Arzneimittel ausgegeben.

https://de.wikipedia.org/wiki/IKK_classic

Die IKK classic ist eine deutsche Krankenkasse aus der Gruppe der Innungskrankenkassen mit Sitz in Dresden. Das Geschäftsgebiet dieses Trägers der gesetzlichen Krankenversicherung, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, umfasst das gesamte Bundesgebiet. Mit mehr als drei Millionen Versicherten, einem Haushaltsvolumen von rund 10 Milliarden Euro und 181 Geschäftsstellen ist sie Stand Dezember 2018 die größte

Innungskrankenkasse (IKK) und die siebtgrößte Krankenkasse Deutschlands. …..

https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/
30.5.2023

Pflegeheime: Verbandspräsident fürchtet Pleitewelle

In einem Interview erklärte Bernd Meurer, der Präsident des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste, der über 13.000 ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen vertritt, 70 Prozent seiner Verbandsmitglieder hätten angegeben, sich um ihre wirtschaftliche Existenz zu sorgen.

Der Grund dafür ist nach wie vor der Mangel an Pflegekräften. Sobald die gesetzliche Quote an Fachpersonal nicht mehr erfüllt werden kann, müssen ganze Stationen geschlossen werden.

Bereits während Corona hatten viele Pflegeeinrichtungen erklärt, keine weiteren Pflegefälle aufnehmen zu können. Die Pflegekassen geben eine Belegungsquote von 97 Prozent vor, die nicht erreichbar ist. Wenn auf Leiharbeitskräfte zurückgegriffen wird, um die vorhandenen Lücken zu füllen, werde die wirtschaftliche Situation nur noch schlechter.

"Die Pflegeeinrichtungen jagen sich nur noch gegenseitig das Personal ab", sagte Meurer. Aber wer Kräfte im Ausland anwerbe, müsse bis zu einem Jahr warten, bis deren Berufsabschluss anerkannt sei. Auch die Vermittlungskosten wären mit den Pflegekassen nicht abzurechnen. Leiharbeitsunternehmen würden sich oft direkt vor den Einrichtungen postieren, um mit besserer Bezahlung abzuwerben.

Die Beschäftigten der Pflegebranche fordern seit Jahren eine bessere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen. Die meisten davon schieben Überstunden im Umfang mehrerer Monate vor sich her – ein Problem, das sich durch die Corona-Belastungen noch weiter verschärft hatte. Der Versuch, eine Impfpflicht für Pflegekräfte durchzusetzen, brachte weitere

Kräfte dazu, den Beruf aufzugeben. Statistisch werden in Deutschland jährlich genug Pflegekräfte ausgebildet, um den Bedarf zu decken.

Inzwischen stellen manche Pflegeheime, die wegen des Personalmangels Stationen schließen mussten, auf Flüchtlingsunterbringung um. …..

https://www.handelsblatt.com/politik/international/erneuerbare-energien-deutschland-und-daenemark-teilen-sich-leitungen-fuer-offshore-windkraft/29181698.html 1.6.2023

Deutschland und Dänemark teilen sich Leitungen für Offshore-Windkraft

Die beiden Länder unterzeichnen das erste europäische Kooperationsabkommen für die gemeinsame Nutzung von Windstrom. Sie betreten damit Neuland.

Berlin Deutschland und Dänemark bauen die Infrastruktur für Offshore-Windkraft gemeinsam aus. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und der dänische Energieminister Lars Aagaard unterzeichneten am Donnerstag ein. Dies bestätigte eine rechtsverbindliches Kooperationsabkommen Ministeriumssprecherin dem Handelsblatt.

Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums handelt es sich dabei um das erste Abkommen dieser Art in der EU. Minister Habeck sagte, das Projekt schaffe die Grundlage für künftige Grünstrom-Importe nach Deutschland und werde „die Stromversorgung günstiger, sicherer und unabhängiger von fossilen Energieträgern machen".

Eine enge Kooperation der Nord- und Ostsee-Anrainer gilt als eine der Grundvoraussetzungen, um die ehrgeizigen Ziele der EU für den Ausbau der Offshore-Windkraft zu erreichen. Allein in der Nordsee sollen den Plänen der EU zufolge bis 2050 Windparks mit einer Kapazität von 300 Gigawatt (GW) installiert werden. 2030 sollen es 120 GW sein. Den Plänen der Bundesregierung zufolge sollen bis 2030 im deutschen Teil der Nord- und der Ostsee 30 GW Windkraft installiert werden. ……..

https://www.spiegel.de/panorama/justiz/andrea-tandler-soll-23-5-millionen-euro-an-steuern-hinterzogen-haben-a-4e59281e-7bbe-4505-991f-207c0003fce2 30.5.2023

Andrea Tandler soll 23,5 Millionen Euro an Steuern hinterzogen haben

Andrea Tandler sitzt nach umstrittenen Maskengeschäften in U-Haft. Die Staatsanwaltschaft hat nun Details zur Anklage bekannt gegeben.

Eine Woche nach der Anklage gegen Andrea Tandler hat die Staatsanwaltschaft München I Details zu den Steuervorwürfen gegen die Tochter des Ex-CSU-Generalsekretärs Gerold Tandler genannt. Konkret wird ihr Steuerhinterziehung in drei Fällen in Höhe von 23,5 Millionen Euro vorgeworfen, wie die Staatsanwaltschaft am Dienstag in München mitteilte.

Dabei geht es um nicht gezahlte Einkommensteuer von 8,7 Millionen Euro, gemeinschaftlich hinterzogene Schenkungsteuer von 6,6 Millionen Euro und Gewerbesteuerhinterziehung von 8,2 Millionen Euro.

Ferner wird Tandler Subventionsbetrug vorgeworfen, da sie 26,5 Millionen Euro Provision aus Maskendeals verschwieg und für ihre Werbeagentur Corona-Soforthilfen von 9000 Euro beantragte, hieß es weiter.

Ausgangspunkt des Falls waren Provisionszahlungen, die Tandler, ihr Geschäftspartner und Lebensgefährte N. und ein dritter Beschuldigter zu Beginn der Coronapandemie erhalten haben sollen. Die Unternehmerin hatte Verträge über persönliche Schutzausrüstungen, insbesondere Masken, zwischen der EMIX Trading GmbH und verschiedenen Behörden des Bundes und der Länder vermittelt.

Tandler und ihr Partner gelten als Inbegriff der Krisengewinnler, die zu Beginn der Pandemie im großen Stil an der Notlage des Staates verdienen wollten, mit zum Teil unanständig hohen Preisen für Schutzmaterial. So hatte Tandler dem Land Bayern Masken von zweifelhafter Qualität für 8,90 Euro das Stück verkauft – der höchste Preis, den Bayern in der Pandemie für Masken zahlte…..

https://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-parlament-stimmt-fuer-strenges-lieferkettengesetz-a-231e09d2-6bae-4f15-b933-ed57f44c59f7 1.6.2023

EU-Parlament stimmt für strenges Lieferkettengesetz

Das EU-Parlament hat sich für ein verhältnismäßig strenges Lieferkettengesetz ausgesprochen. Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte in Brüssel für Vorschriften, die Unternehmen für die Bekämpfung von Kinderarbeit, Ausbeutung und Umweltverschmutzung entlang ihrer weltweiten Lieferketten verantwortlich machen.

Die Vorgaben sollen demnach über die im deutschen Lieferkettengesetz vorgesehenen Maßnahmen hinausgehen und etwa auch für den Finanzsektor gelten.

Die neuen Regeln übertreffen in ihrer Strenge vorherige Pläne. Denn ihnen sollen über alle Sektoren hinweg Unternehmen mit Sitz in der EU unterliegen, die mehr als 250 Angestellte und mehr als 40 Millionen Euro Jahresumsatz weltweit haben. Zunächst war das Lieferkettengesetz nur für Firmen ab 500 Beschäftigten und 150 Millionen Euro Umsatz gedacht. Auch Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU sollen sich an das neue Regelwerk halten müssen, wenn sie mehr als 150 Millionen Euro umsetzen und mindestens 40 Millionen Euro davon in der EU.

Die betroffenen Unternehmen sind künftig verpflichtet, negative Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt zu ermitteln »und erforderlichenfalls zu verhindern, zu beenden oder abzumildern«, beschloss das Parlament. Außerdem müssen sie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards auch bei ihren Partnerunternehmen in der Wertschöpfungskette überwachen. Dazu gehören Lieferanten, Vertriebspartner, Transportunternehmen, Lagerdienstleister oder auch die Abfallwirtschaft. …….

Das deutsche und nun entsprechend auch das europäische Gesetzesvorhaben wird von Wirtschaftsvertretern scharf kritisiert. Sie

warnen vor überbordender Bürokratie und einer Schwächung europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) kritisierte, dem Gesetzentwurf fehle es an Praxistauglichkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit. »Das Lieferkettengesetz bürdet den Unternehmen ein neues und unkalkulierbares Haftungsrisiko auf.«

Von ihnen werde eine Kontrolle erwartet, die außerhalb ihrer eigenen Einflussmöglichkeiten liege, sagte DIHK-Präsident Peter Adrian. Lieferketten bestünden oft aus mehreren hundert, teils mehreren tausend Firmen. In der Regel sei einem Betrieb aber nur der direkte Zulieferer bekannt. Kleine und mittlere Unternehmen würden »komplett überfordert« durch die geplanten Richtlinien. …..

https://www.inselradio.com/aktuell/news/lokales/2023/05/stadt-palma-wird-an-den-klimawandel-angepasst 15.5.2023

Stadt Palma wird an den Klimawandel angepasst

Damit reagiert die Stadt auf den Klimawandel und die bevorstehenden immer längeren Hitzeperioden.

In nicht mehr als 15 Minuten zum nächsten Park, Supermarkt oder Restaurant - und das von jedem Punkt der Stadt aus, am besten zu Fuß oder mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Palmas Rathaus plant, die Inselhauptstadt zu einer sogenannten 15-Minuten-Stadt zu machen.

So sollen künftig unnötige Wege mit dem Privatfahrzeug vermieden werden. In diesem Zuge ist geplant, das Straßennetz weiter auszubauen und in der Stadt mehr Grünflächen zu errichten. Weiter sind zum Beispiel auch Maßnahmen geplant, um Regenwasser und Energie besser speichern zu können. Damit reagiert die Stadt auf den Klimawandel und die bevorstehenden immer längeren Hitzeperioden.

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/brauer-schlagen-alarm-muessen-wir-milliarden-bierflaschen-vernichten-84075992.bild.html
30.5.2023

Brauer schlagen Alarm: Müssen wir Milliarden Bierflaschen vernichten?

Deutschlands Brauer und Getränkehersteller sind entsetzt.

Die EU plant neue Regeln für Pfandsysteme und Verpackungen. Die unfassbare Folge: Es droht die Vernichtung von MILLIARDEN deutscher Bierflaschen!

Grund: Diese müssten aus dem Verkehr gezogen, mit Präge-Logo und Seriennummer neu hergestellt werden.

Brauerbund-Boss Holger Eichele (50) zu BILD: „Werden die EU-Pläne Wirklichkeit, müssten wir alle Mehrwegflaschen einschmelzen. Dieser Irrsinn muss verhindert werden." Das Vorhaben sei „gut gemeint, aber schlecht gemacht". Es werde „ein einheitliches Gesetz über Europa gestülpt", weil einige Länder, anders als Deutschland, bisher keine Mehrwegsysteme hätten. Das deutsche Pfandsystem sei „europaweit einmalig und umweltfreundlich".

Eichele: „80 Prozent des Biers in Deutschland werden in Mehrwegflaschen verkauft. Wir betreiben das größte und erfolgreichste Mehrwegsystem in Europa. Es wäre ein Desaster, wenn die EU das zerstören würde."

Der Deutsche Brauerbund verbreitete einen Brandbrief, schrieb: „Wir appellieren, alles zu unterlassen, was erfolgreiche bestehende Systeme in ihrer Existenz gefährdet."

„Ökologischer und ökonomischer Wahnsinn"

Auch Dirk Reinsberg (52), Geschäftsführender Vorstand Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels, warnt: „Die Pläne sind ökologischer und ökonomischer Wahnsinn!"

Damit nicht genug. Auch Bierkästen müssten geschreddert und neu entworfen werden. Ein Grund: Aus Sicht der EU-Bürokraten enthält ein deutscher Bierkasten zu viel Luft.

Reinsberg: „Der EU-Plan verlangt, dass die Transportverpackung eines Produktes nicht mehr als 40 Prozent größer ist als das Produkt selbst. Im Falle von Bier würde das bedeuten, dass der klassische deutsche Bierkasten vor dem Aus stünde, geschreddert und vernichtet werden müsste." …..

https://pleiteticker.de/versprochene-foerderung-aussichtslos-habecks-solar-foerderung-bleibt-vielen-verwehrt/?_gl=1*9uss6a*_up*MQ..*_ga*MjA3NTExMDk5LjE2ODU1MDIxOTk.*_ga_8Q6BD4QX2S*MTY4NTUwMjE5OC4xLjAuMTY4NTUwMjE5OC4wLjAuMA 30.5.2023

Versprochene Förderung aussichtslos: Habecks Solar-Förderung bleibt vielen verwehrt

Um den Ausbau der Photovoltaik zu fördern, verspricht das Wirtschaftsministerium durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) attraktive, zinsgünstige Förderkredite für Hausbauer, die sich eine Solaranlage auf ihr Haus setzen wollen. Doch faktisch existiert das Programm für viele Normalverbraucher nur auf dem Papier: Sie müssen die Energiewende allein finanzieren – Es ist Habecks großer Förder-Fake.

Vor drei Wochen verkündete Robert Habeck die neue Strategie zur Förderung der Photovoltaik…... Und tatsächlich: Viele Hausbesitzer ziehen inzwischen den Kauf einer Photovoltaikanlage in Betracht, um ihre Energiekosten zu reduzieren. Neben bürokratischen Hürden stellt sich vielen aber schnell die Kostenfrage: Wie soll man die Finanzierung der Solaranlagen, die für ein typisches Einfamilienhaus rund 30.000 Euro kosten, bezahlen?

Um die Finanzierungsfrage zu erleichtern hat die staatliche Förderbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) das Förderprogramm 270 ins Leben

gerufen, das staatlich subventionierte Förderkredite für Unternehmen, Freiberufler und Privathaushalte verspricht, die eine Biogasanlage, Windräder oder eine Solaranlage benötigen. Im besten Fall würde ein KfW-Darlehen derzeit nur etwas mehr als vier Prozent Zinsen kosten, was über eine typische Laufzeit von zehn Jahren zu erheblichen Einsparungen gegenüber einem regulären Bankkredit führen würde. Darüber hatte ntv zuerst berichtet.

Förderprogramm existiert nur in der Theorie

Klingt super, ist jedoch für viele Normalverbraucher ganz einfach nicht verfügbar. Ein Fake.

Denn die meisten Hausbesitzer ist es unmöglich, einen solchen Kredit zu erhalten. Ein Bankberater sagte ntv: „Von deutschlandweit über 500 Finanzinstituten, mit denen er zusammenarbeite, biete kein einziges KfW-270-Förderkredite an – weder die DSL-Bank, die Commerzbank, die DKB, Sparda-Bank, die Bausparkasse Schwäbisch-Hall noch viele größere Sparkassen und Volksbanken."

Grund: Die Kredite sind für Banken unwirtschaftlich. Und am Ende sind es die Finanzinstitute, die über die Bewilligung der Kredite entscheiden, und nicht die staatliche Förderbank KfW.

…..Die großen Investoren, die eh genug Geld haben, werden gefördert. Wer also selbst baut, wird am wenigsten gefördert und muss sein Projekt im Wesentlichen vollständig selbst finanzieren. …..

Am Ende ist die Realität bitter: Die KfW hat keine Zweigstellen, wo man die Kredite direkt beantragen könnte. Solange also keiner diese Kredite vergibt, existiert das Förderprogramm faktisch nicht. Keine Hilfe also vom Wirtschaftsminister Habeck.

https://test.rtde.tech/inland/171484-eu-fahrgastrechte-keine-entschaedigung-mehr/ 1.6.2023

EU-Fahrgastrechte: Keine Entschädigung mehr bei Verspätungen im Zuge höherer Gewalt

Kunden der Deutschen Bahn müssen sich ab Juni auf gleich mehre Änderungen bei den Fahrgastrechten einstellen, die den Anspruch auf Schadensersatz bei Zugverspätungen betreffen.

Ab Juni gelten neue Regeln für Entschädigungszahlungen im Falle von Zugverspätungen. Ursache hierfür sind die neuen EU-Fahrgastrechte. So wird die Deutsche Bahn künftig ihren Fahrgästen keine Ausgleichszahlung für Verspätungen im Falle höherer Gewalt mehr zahlen müssen.

Diese liegt vor bei außergewöhnlichen Witterungsbedingungen wie einem Sturm, großen Naturkatastrophen, Pandemien oder der Sabotage Dritter, etwa bei einem Selbstmordversuch auf dem Gleis. Streikaktionen des Bahnpersonals gehören indes nicht dazu.

Kein Recht auf Nutzung eines höherwertigen Zuges

Ebenfalls im Juni tritt die neue Eisenbahnverordnung des Bundes in Kraft. In Zuge dessen wird das neue Deutschlandticket ab dem 7. Juni als Fahrausweis mit "erheblich ermäßigtem Beförderungsentgelt" eingestuft.

Kunden des Deutschlandtickets werden selbst bei Verspätungen über 20 Minuten oder Zugausfällen keinen höherwertigen Zug nutzen dürfen, sofern es sich nicht um die letzte Verbindung des Tages handelt. Einen Anspruch auf Schadenersatz wird es ebenfalls nicht geben.

https://test.rtde.xyz/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/
29.5.2023

Versandhändler Klingel meldet Insolvenz an

Eines der größten deutschen Versandhäuser muss Insolvenz anmelden. In einer Mitteilung der Pluta Rechtsanwalts GmbH heißt es:

"Die Klingel Gruppe, einer der größten Versandhändler in Deutschland, stellt sich für die Zukunft neu auf. Die K – Mail Order GmbH & Co. KG, die Hauptgesellschaft der Gruppe mit Sitz in Pforzheim, wird ihren

Transformationskurs im Rahmen eines Sanierungsverfahrens in Eigenverwaltung fortsetzen. Einen entsprechenden Antrag hat das Unternehmen gestellt."

Auch zwei Tochtergesellschaften mit Sitz in Hamburg befänden sich im Eigenverwaltungsverfahren. In den drei Unternehmen arbeiteten etwa 1.800 Mitarbeiter. Die übrigen Unternehmen der Gruppe mit insgesamt mehr als 250 Mitarbeitern seien nicht betroffen.

Als Ursache für die schwierige Lage nannte die mit der geplanten Sanierung des Unternehmens beauftragte Kanzlei die "schwierigen Marktbedingungen". Man werde in den kommenden Monaten "die Sanierung vorantreiben, Unternehmensprozesse vereinfachen und die Gruppe zukunftsfähig aufstellen, um diese langfristig zu erhalten". Der Geschäftsbetrieb laufe weiter, die Kunden könnten wie gewohnt Bestellungen aufgeben und ihre Ware erhalten. …..